



Kurzbericht

öffentlicher Teil

9. Sitzung – Europaausschuss

30. Januar 2025 – 11:03 bis 11:43 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Anna Nguyen (AfD)

CDU

Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Christoph Mikuschek
Stefan Schneider
Kim-Sarah Speer
Tobias Utter

AfD

Andreas Lichert
Christian Rohde

SPD

Stephan Grüger
Matthias Körner
Oliver Ulloth

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Angela Dorn
Jürgen Frömmrich

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Julius Brackmann
 AfD: Jörg Moses
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Katarzyna Jochemczyk
 Freie Demokraten: Julia Bayer

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Müller, Kai	StB	StK
Haß, Christian	ROR	StH
JÖDICKE, BJÖRN	LMR	StK
Stettner, Ulf	Pres-Dir	VM
Kleinschmidt, Rebecca	MiR	StK
Steinebach, Sören	TB	StK
Reuter, Marco	TB	StK
LIPPERT, SUSANNE	VA	HLT
Beer, Alexander	MinR	HRH
Vöhringer, Caroline	MiR	HET
Klug, Franziska	ROR	KLT

Protokollführung: Dr. Ute Lindemann



**1. Frühwarndokumente
TOP A: ohne Beratung**

- a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – COM(2024) 497 final**

Fristbeginn: 27.11.2024 Fristende: 13.02.2025

Plenum BR: vorauss. 14.02.2025

Berichterstattung: Dr. Matthias Bürger

- b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/32/EU im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-, Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie – COM(2024) 561 final**

Fristbeginn: 29.11.2024 Fristende: 17.02.2025

Plenum BR: vorauss. keine Beratung

Berichterstattung: Angela Dorn

- c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für Moldau – COM(2024) 469 final**

Fristbeginn: 02.12.2024 Fristende: 18.02.2025

Plenum BR: vorauss. keine Beratung

Berichterstattung: Karina Fissmann



- d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine vorübergehende Abweichung von bestimmten Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2226 und der Verordnung (EU) 2016/399 in Bezug auf die schrittweise Inbetriebnahme des Einreise-/Ausreisystems – COM(2024) 567 final**

Fristbeginn: noch offen Fristende: noch offen

Plenum BR: vorauss. 14.02.2025

Berichterstattung: Peter Franz

Auf Vorschlag der Vorsitzenden fasst der Europaausschuss folgenden

Beschluss zu den Punkten 1 A a) bis d):

EUA 21/9 – 30.01.2025

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(Einstimmig bei Enthaltung AfD)

**1. Frühwarndokumente
TOP B: mit Beratung**

- e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette – COM(2024) 577 final**

Fristbeginn: 13.01.2025 Fristende: 10.03.2025

Plenum BR: vorauss. 14.02.2025

Berichterstattung: Jürgen Frömmrich

Die **Vorsitzende** teilt mit, die Landesregierung habe zu dem Dokument unter Tagesordnungspunkt 1e), dem Vorschlag für eine Verordnung zur Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette (COM(2024) 577), nachträglich eine ELB-Meldung übermittelt. Da das Dokument erst nach der festgelegten Frist für die Überweisung von ELB-Dokumenten an die Fachausschüsse als solches eingestuft worden sei, habe der zuständige Fachausschuss, in diesem Fall der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, nicht mehr erreicht werden können. Daher liege kein Votum aus dem Fachausschuss vor. Mit der Beschlussfassung im Europaausschuss sei das Dokument grundsätzlich erledigt und werde nicht mehr im Fachausschuss beraten. Der Europaausschuss könne jedoch ausnahmsweise den Beschluss fassen, dass eine Beratung dennoch gewünscht sei. Sie fragt den Berichterstatter, ob ausnahmsweise eine nachträgliche Befassung des Fachausschusses erfolgen sollte und, da eine Beratung im Europaausschuss bereits beantragt worden sei, bitte sie ihn um sein Votum zur Subsidiarität.

Abgeordneter **Jürgen Frömmrich** sagt, er sehe keine Notwendigkeit, dieses Dokument dem Fachausschuss zu überweisen und sehe keine Subsidiaritätsrelevanz. Um die Frist für die Behandlung im Bundesrat, 14. Februar, einhalten zu können, schlage er vor, entsprechend zu beschließen. Das sehe die Landesregierung auch so.

Er erklärt, bei dem Dokument gehe es um Regelungen für die Landwirtschaft und den Verbraucherschutz sowie um Regelungen gegen den unlauteren Wettbewerb.

Abgeordneter **Christian Rohde** legt dar, in den Ausführungen von Herrn Frömmrich sei es schon angeklungen, dass beide Dokumente gemeinsam beraten werden könnten.

Er führt aus, hinsichtlich des Dokuments unter 1e), Lebensmittelversorgungskette, habe seine Fraktion durchaus Subsidiaritätsbedenken, da das Vorhaben in nationale und regionale Märkte

eingreife. Seine Fraktion frage sich, ob die EU die geeignete Ebene für solche Eingriffe sei und nicht nationale beziehungsweise regionale Maßnahmen besser seien.

Zu dem Dokument unter 1f), Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken, habe seine Fraktion ebenso Subsidiaritätsbedenken, da hinsichtlich der Marktüberwachung in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingegriffen werde. Bei der Änderung dieser GMO-Verordnung, Stichworte: fair und kurze Lieferketten, sei seine Fraktion der Ansicht, dass es hierfür keine Einheitslösung geben müsse; ähnlich sei die Meinung der AfD-Fraktion zur Durchsetzung grenzüberschreitender Vorschriften.

Abgeordneter **Stephan Grüger** erwidert, seine Fraktion sehe das nicht so wie die AfD-Fraktion. Aus Sicht eines Nationalisten möge es wünschenswert sein, alles national zu regeln. Durch die europäischen Verträge sei die Landwirtschaft vergemeinschaftet worden, infolgedessen sei es notwendig, für diesen Bereich vergemeinschaftete Regelungen zu finden. Insofern entsprächen beide Dokumente den europäischen Verträgen und seien nicht subsidiaritätsbedenklich.

Abgeordneter **Christian Rohde** entgegnet, man könne unterschiedlicher Meinung sein, er halte es jedoch für deplatziert, wenn Herr Grüger ihn als „Nationalisten“ bezeichne.

Abgeordneter **Stephan Grüger** erwidert, er habe nicht Herrn Rohde als „Nationalisten“ bezeichnet, sondern gesagt: „Aus Sicht eines Nationalisten mag das so sein.“

Die **Vorsitzende** stimmt ihrem Kollegen Rohde zu und fordert Abgeordneten Grüger auf, in Zukunft solche Ausdrücke nicht mehr zu verwenden.

Abgeordneter **Dr. Matthias Büger** erklärt, dieses Thema sei für seine Fraktion wichtig, es handle sich jedoch nicht um ein Thema, das speziell die Interessen des Landes Hessen tangiere. Das parlamentarische System der Bundesrepublik verfüge über die verschiedenen Ebenen, die für bestimmte Dinge zuständig seien. Bei den vorliegenden Dokumenten könne er nicht sehen, dass spezielle Interessen des Landes Hessen betroffen wären. Insofern könne seine Fraktion dem Vorschlag des Berichterstatters folgen.



- f) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Durchsetzungsbehörden, die für die Durchsetzung der Richtlinie (EU) 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette zuständig sind – COM(2024) 576 final**

Fristbeginn: 13.01.2025 Fristende: 10.03.2025

Plenum BR: vorauss. 14.02.2025

Berichterstattung: Stephan Grüger

Abgeordneter **Stephan Grüger** führt aus, er sehe keine Subsidiaritätsrelevanz.

In Anschluss an die Aussprache kommt der Europaausschuss zu dem

Beschluss zu Punkt 1 B e) und f):

EUA 21/9 – 30.01.2025

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)

(Fortsetzung im nicht öffentlichen Teil)